

III d Bevölkerung und soziale Frage

Die Industrialisierung des Ruhrgebietes und damit die Entstehung eines die beiden Provinzen verklammernden Industrieviers ermöglichte eine Bevölkerungszunahme von 360 000 im Jahre 1815 auf 3,5 Mill. im Jahre 1914. Mit der Nordwanderung des Bergbaues verdoppelten die Hellwegstädte ihre Einwohnerzahlen bereits zwischen 1843 und 1858. So wuchs Dortmund von 7600 Einwohnern im Jahr 1840 über 57 700 im Jahre 1875 bis auf 241 000 im Jahre 1913. Essen hatte 1840 7300 Einwohner, 1875 52 000 und 1913 319 000. Bis etwa 1840 hatte der zusätzliche Bedarf an Arbeitskräften aus dem Ruhrgebiet selbst gedeckt werden können, das dadurch von den schlimmen Notzeiten der älteren Gewerbegebiete um 1846 nicht so hart betroffen wurde. Dann jedoch wanderten Kötter, kleine Handwerker und nicht erbende Bauernsöhne aus dem Münsterland, dem östlichen Hellweg, dem Sauerland und anderen Gegenden der Westprovinzen ein. Erst als mit der Erschließung der Emscherzone seit 1870 der Bedarf an Arbeitskräften extrem anstieg, kam die große Wanderungsbewegung in Gang, die neben Ostpreußen (bis 1907 ca. 240 000), evangelische Masuren, Schlesier, Polen (bis 1914 ca. 250 000), aber auch Steiermärker und Italiener ins Ruhrgebiet brachte. Vor allem die Emscherstädte sind davon geprägt, daß sich die Zuwanderer häufig in landsmannschaftlicher Nähe niederließen und in eigenen und politischen Gruppen organisierten. So hatte Bottrop 1907 einen Anteil an nicht-deutschsprachiger Bevölkerung von 32,7 %, Castrop-Rauxel von 25 % und Recklinghausen von 23,5 %. Ihr Einfluß auf das Ruhrgebietsidiotum ist unverkennbar. Ältere Strukturen, soweit vorhanden, wurden von diesem Strom völlig verdeckt, obwohl das Wachstum der Orte im eigentlichen Ruhrtal vergleichsweise bescheiden war. So wurde auch die konfessionelle Verteilung völlig verändert: in der Grafschaft Mark, die 1825 zu ¼ evangelisch war, lebten 1905 zwischen 40 und 50 % Katholiken, andererseits verlor das Vest Recklinghausen seinen fast völlig katholischen Charakter.

Zwischen 1880 und 1910 war das Ruhrgebiet der Schwerpunkt der Bevölkerungsverdichtung in Deutschland. Das schuf einen ständigen Anpassungsdruck für die politische und Verwaltungsordnung. Neue soziale Ordnungen, Formen des Zusammenlebens und der sozialen und politischen Auseinandersetzungen waren notwendig und mußten erprobt werden. Trotz der weithin ungeordnet entstehenden, tristen städtischen Massenviertel boten die Verdienstmöglichkeiten der Industrie dennoch Chancen, wie sie Unterschichten vergangener Zeiten selten gehabt hatten, zumal je 100 Arbeitsplätze in der Produktion je 100 in der Versorgung notwendig machten. Die neuen Zechen der Emscherzone wurden meist abseits der Städte errichtet, anders als die Hütten- und Walzwerke, die am Rande der vorhandenen Städte entstanden und diese prägten. So wurde es notwendig, Arbeiterkolonien zu errichten. Weitschauende Unternehmen wie Krupp oder die Hörder Union hatten daher schon früh mit dem Bau von Arbeiterkolonien begonnen, die meist kleine Dreiraumwohnungen boten. Die Firma Krupp baute allein von 1870–1874 fast 2400 Wohnungen. Für Ledige wurden von den Betrieben Schlaf- oder Kosthäuser errichtet. Dennoch war die Mehrzahl der Arbeiter auf die häufig miserablen Wohnungen in Mietkasernen angewiesen. Viele kamen nur als 'Schlafburschen' oder Kostgänger in ohnehin schon überbelegten Wohnungen unter. Bis 1914 gab es dann knapp 100 000 Werkwohnungen im Ruhrgebiet, die in Verbindung mit Betriebskrankenkassen, Kindergärten und anderen Sozialeinrichtungen oft vorbildlich waren und die fluktuierende Arbeiterschaft an die Betriebe binden sollten.

Den sozialen Problemen, die sich aus dem ersten Eindringen der Maschinenteknik vor allem in den Textilgebieten und den akuten Hungersnöten durch die Mißernten nach 1816 und die Kartoffelkrankheiten 1846/47 auch im märkischen Kleinsengebiet ergaben, begegnete man zunächst mit den Mitteln der überkommenen kirchlichen und kommunalen Armenfürsorge. Erst in die Revolution von 1848 mischten sich auch Töne sozialen Protestes. Für das im wesentlichen katholische Westfalen und das Rheinland wurde die Sozialpolitik und -lehre bestimmend, wie sie der Mainzer Bischof Wilhelm von Ketteler und der Gründer der katholischen Gesellenvereine, Adolf Kolping, vertraten. Insbesondere die Knappenvereine, oft mit angegliederten Unterstützungskassen, blieben weithin konfessionell gebunden. Der Versuch, nach dem erfolglosen

Streik des Jahres 1872 mit dem 'Verband rheinisch-westfälischer Grubenarbeiter zur Wahrung der berechtigten Interessen des Bergarbeiterstandes' katholische, evangelische und sozialdemokratische Gruppen und Vereine zu verbinden, blieb ohne Bestand.

Der 1863 von Lassalle gegründete Allgemeine deutsche Arbeiterverein, der 1875 in die Sozialdemokratie übergang, hatte im Ruhrgebiet insgesamt weder als Partei noch in den gewerkschaftlichen oder Vereinsorganisationen vor 1890 wesentliche Chancen neben dem Zentrum. Schwerpunkte und einen gewissen Einfluß besaß er nur um Elberfeld mit Gruppen im märkischen Gebiet und in Minden-Ravensberg. Das Siegener Gebiet wie Minden-Ravensberg blieben – auch politisch – von konservativen und evangelisch-sozialen Vertretern und Gruppen bestimmt. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes kamen die Sozialdemokraten vor allem im Bergischen Land zu größeren Erfolgen. Die Gewerkschaftsbewegung, insbesondere der Bergleute des Ruhrgebietes, blieb vom Gegensatz der konfessionellen, freien und sozialistischen Gruppen bestimmt.

110

Auch nach dem großen Bergarbeiterstreik des Jahres 1889 gab es nebeneinander den der SPD nahestehenden Alten Verein (seit 1890 zum Bergarbeiterverband Deutschlands gehörend), den katholischen Gewerkverein Glückauf (seit 1894 Gewerkverein der christlichen Bergarbeiter), den sehr viel schwächeren Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein der deutschen Bergarbeiter und die seit 1902 bestehende Polnische Berufsvereinigung.

111, 112

114

Sehr viel weitergehenden Einfluß in den katholischen Arbeitervereinen und in den Gewerkschaften hatte der 1890 gegründete Volksverein für das katholische Deutschland, von dessen 180 000 Mitgliedern im Jahre 1897 über die Hälfte in den beiden Westprovinzen lebten, die sich auch hier auf ihre Gemeinsamkeiten gegenüber den östlichen Provinzen angewiesen sahen. Angesichts der galoppierenden Bevölkerungszunahme, die besonders im Emscherraum zu wilden städtebaulichen Fehlentwicklungen führte, hinkte die staatliche Verwaltung mit ihren Versuchen zur Anpassung und sinnvollen Gestaltung ständig hinterher. Seit 1873 gelang es wenigstens den riesigen 'Dörfern' und von Landkreisen eingegengten neuen Zentren durch Eingemeindungen auf Kosten der Landgemeinden und Kreise, z. T. als kreisfreie Städte, etwas Luft zu verschaffen. Vollendet wurde die Verwaltungsreform erst nach 1929.

Die wirksamsten Impulse zu übergreifenden Ordnungen und zur Lösung der Probleme, die die drei am Ruhrgebiet beteiligten Regierungsbezirke betrafen, gingen von Kommunen und staatlicher Verwaltung gemeinsam aus. Freiwillig seit 1899 als 'Ruhrtalesperrenverein', unter gesetzlichem Zwang seit 1913 als 'Ruhrverband' schlossen sich die Kommunen des Ruhrgebietes zusammen, um die kritisch gewordene Wasserversorgung durch die Aufsicht über das gesamte Niederschlagsgebiet der Ruhr weit über das eigentliche Ruhrgebiet hinaus zu sichern. Bis 1913 entstanden 9 Talsperren, darunter der Möhnesee. 1904 wurde zur Abwasser- und Vorflutregelung die Emscher-genossenschaft und 1926 der Lippeverband gegründet.

Der Gedanke umfassender Raumplanung und der planerischen Einflußnahme auf die Erhaltung und Gestaltung von Grün- und Erholungsflächen, des Ausbaues von Straßen und Verkehrswegen war schon seit der Jahrhundertwende lebendig, fand aber erst 1920 zur Rechtsform des 'Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk', der unter seinem Direktor Robert Schmidt weitreichende Raumordnungspläne erarbeitete und durchsetzte. Noch heute profitiert das Ruhrgebiet von seiner Arbeit, z. B. von der Trassierung des Ruhrschnellweges und der Autobahnen, der Ermöglichung der Verbindung zwischen den Städtischen Straßenbahngesellschaften im Verkehrsverbund und vor allem durch das Aufhalten der völligen Landschaftszerstörung. Im Raum zwischen Geldern und Hamm, zwischen der Ruhr und der Lippe schlossen sich 17 Städte und 11 Kreise diesem Verband an.

113

Für seinen Erfolg spricht, daß auch die an das Ruhrgebiet angrenzenden Landschaften 1925 mit der Hauptaufgabe, Generalsiedlungs- und Verkehrspläne aufzustellen, ebenfalls Planungsverbände errichteten, um auf die Herausforderung durch das Ruhrgebiet angemessen reagieren und die eigenen Probleme lösen zu können: 1926 die Vereinigung Landespla-

nung Münsterland (seit 1936 Landesplanungsgemeinschaft Westfalen) und den Landesplanungsverband Düsseldorf. Beide blieben auch in der NS-Zeit erhalten, obwohl sie ursprünglich aufgelöst werden sollten. Hier hat das Ruhrgebiet in der Lösung seiner spezifischen, übergreifenden Probleme, von denen auch die angrenzenden Landschaften betroffen waren, beispielgebend gewirkt. Kn

Literatur: W. Köllmann, Bevölkerungsentwicklung im Industriezeitalter, Teil 1 und Teil 2, in: Raum und Politik (Beiträge zur neueren Landesgeschichte des Rheinlandes und Westfalens, hg. von Walter Först, Bd. 6), Köln 1977, S. 11–30, und: Entscheidungen im Westen (Beiträge Bd. 7), Köln 1979, S. 11–44. – desgl. Soziale Frage und soziale Bewegungen, in: Das Rheinland in preußischer Zeit, hg. von Walter Först, Köln-Berlin 1965, S. 145–164. – H. G. Steinberg, Die Entwicklung des Ruhrsiedlungsverbandes, in: Ruhrgebiet und neues Land (Beiträge zur neueren Landesgeschichte des Rheinlandes und Westfalens, hg. von Walter Först, Bd. 2), Köln 1968, S. 115–153. – K. Tenfelde, Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr im 19. Jahrhundert. Bonn-Bad Godesberg 1977.

110

‘An die Wähler des östlichen Westfalens!’ Flugblatt des Agitationskomitees der sozialdemokratischen Partei für das östliche Westfalen

1906 Januar

StA Münster, Oberpräsidium Nr. 5181

Das Flugblatt gehört in die Protestbewegung gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht, das die Wähler nach der Höhe ihrer Steuerleistung in drei Wahlklassen einteilte, die dann die eigentlichen Abgeordneten wählten. So wählte die Masse der Arbeiter ebensoviele Abgeordnete wie die ganz wenigen Angehörigen der ersten Klasse mit hohem Steueraufkommen. Es ist erstaunlich, wieviel Text die Parteien ihren einfachen Mitgliedern zumuten konnten. Die Tabaksteuererhöhung betraf das Minden-Ravensberger Gebiet mit seiner Tabakindustrie besonders hart.

111

Ultimatum der Konzernleitung ‘Rheinelbe’ an die streikenden Arbeiter

1889 Mai 27

StA Münster, Sammlung Plakate Nr. 289

Der erste große und erfolgreiche Bergarbeiterstreik begann spontan mit der Arbeitsniederlegung junger Kohleschlepper am 1. Mai 1889. Auf einer Bergarbeiterversammlung in Essen waren zuvor allgemeine Forderungen gestellt worden, v. a. der Achtstundentag einschließlich der Fahrzeiten, eine Lohnerhöhung um 15% und Abschaffung der Überstunden. Am 10. Mai befanden sich bereits 10 000 Bergarbeiter im Ausstand, der sich nach dem Einsatz von Militär ausbreitete. Erst nachdem sich auch die Knappenvereine angeschlossen hatten, wurde in Bochum eine zentrale Streikleitung gebildet, die am 14. Mai von Kaiser Wilhelm II. empfangen wurde. Dieser legte auch den Arbeitgebervertretern nahe, sich mit den Arbeitern zu einigen. Am 19. Mai wurden die Vorschläge der Zechen auf einer Delegiertenversammlung der Arbeiter angenommen, und dann bröckelte der

Streik rasch ab. Er war jedoch ein großer Teilerfolg der Arbeiter, die eine Stunde Fahrzeit und 7 Stunden Arbeit durchsetzten.

112

Telegramm der Zechenleitung König Ludwig zu Röllinghausen, Stadt Recklinghausen, an den Landrat von Recklinghausen mit der Bitte um militärischen Schutz und Schließung der Gaststätten
1899 Sept. 30

StA Münster, Kreis Recklinghausen Nr. 73

Der Streik von 1899 beschränkte sich auf das Recklinghauser Gebiet und ist nicht mit der Durchschlagskraft der Arbeitsniederlegungen von 1889, 1905 und 1912 zu vergleichen. Auch dieser Streik begann offensichtlich eher spontan mit einem Ausstand der Schlepper am 27. 6. 1899, die dann andere mitrissen. Schon am 4. Juli fuhren die Belegschaften fast vollständig wieder ein. Die nördliche Emscherzone war damals das Hauptausbaugebiet des Bergbaues.

113

Gesetz betreffend Verbandsordnung für den Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk

1920 Mai 5

Preußische Gesetzsammlung, Jg. 1920, Nr. 24, S. 286

Das Gesetz, dem die schon länger gesehene Notwendigkeit zugrunde liegt, einer durch ungeplante Siedlung drohenden gänzlichen Zerstörung der Landschaft entgegenzuwirken, war eine späte, auch durch den Krieg verzögerte Antwort auf die Wirklichkeit des rheinisch-westfälischen Großraumes Ruhrgebiet. Der Aufgabenkatalog gab dem neuen Selbstverwaltungsverband ein Instrument an die Hand, das über die bestehenden Verwaltungsgrenzen hinaus anzuwenden war. Auch bei den Genossenschaften für das Emscher- und Lippeflußgebiet hatten bereits kommunale und staatliche Behörden der drei Regierungsbezirke länger und erfolgreich zusammengewirkt.

114

Werbefroschüre des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands

1906

StA Münster, Kreis Recklinghausen Nr. 81

1894 hervorgegangen aus dem katholischen Bergarbeiterverband 'Glück-Auf' wandte sich der Gewerkverein an Bergleute beider Konfessionen. Zu seinen konkreten Aufgaben gehörte die Gewährung von Rechtsschutz, Unterstützungen unterschiedlicher Art, Sterbegeld, Unterstützung bei Aussperrungen, aber auch bei Streiks. Die christliche Grundhaltung schloß dieses Mittel des Arbeitskampfes nicht aus.

115

Polizeiordnung zur Regelung des Kost- und Quartiergängerwesens in Buer

1902

StA Münster, Kreis Recklinghausen Nr. 14

Mit Mindestanforderungen an Raum und Ausstattung sowie Kontrollen versuchten die Behörden wenigstens die größten Auswüchse des Kostgängerwesens in den Griff zu bekommen. Besonders aufschlußreich ist die Bestimmung, daß für je zwei Kost- und Quartiergänger ein Bett mit Strohsack und einer Wolldecke, ein Waschgeschirr und ein Handtuch vorhanden sein mußte. Es wurde also entsprechend dem Arbeitsrhythmus schichtweise geschlafen. Ein eigenes Bett für jeden war aber auch in den Familien nicht selbstverständlich.

116

Bericht des Polizeisergeanten Winnig zu Buer, daß dem Bergarbeiter Lojewski aufgegeben wurde, die von ihm angemeldeten Kostgänger sofort zu entlassen

1902 September 22

StA Münster, Kreis Recklinghausen Nr. 14

Die Tatsache, daß zu der siebenköpfigen Familie des Bergarbeiters mit zwei Kindern über 10 Jahren noch Kostgänger in einer Dreizimmerwohnung angenommen werden mußten, zeigt zugleich den Mangel an Wohnraum und den geringen Verdienst des wahrscheinlich aus Polen stammenden Bergmannes. Buer gehörte damals zu den noch deutlich wachsenden Städten.

117

Grundriß der Erdgeschoßwohnung eines zweigeschossigen Bergarbeiterwohnhauses

Um 1900

Foto

StA Münster, Oberbergamt Dortmund Nr. 1837

Es handelt sich um Neubauten für die Bergbaugesellschaft Neu-Essen in Altenessen. Außer den zwei Geschossen waren Keller und Dach ausgebaut. Die Zeche besaß im Jahre 1901 509 Arbeiterwohnungen meist mit 3 Zimmern in 206 Häusern, bewohnt von 509 Familien mit 121 volljährigen Söhnen und 100 Kostgängern. 130 Arbeiter hatten Gärten auf einer Fläche von 15 ha gepachtet. Über 50% der Gesamtbelegschaft wohnte in Zechenwohnungen. Für eine Dreiraumwohnung war zwischen 6.50 und 13.50 M. an monatlicher Miete zu zahlen. Die Toiletten befanden sich hinter dem Haus.

118

Ansicht einer Arbeiterwohnküche

20 Jh.

Foto

Stadtmuseum Lünen (Abb. 16)

Die abgebildete Wohnküche wurde bis zum Jahre 1970 genutzt und dann im originalen Zustand im Museum aufgebaut. Mit Büfett und Rohrsessel stellt sie bereits einen relativen 'Wohlstand' zur Schau. Die übliche Größe und Raumaufteilung der Arbeiterwohnung machte die Küche, die durch den Herd geheizt wurde, zum Hauptaufenthaltsraum.

119

Typisierte Wohnsiedlung des Industriegebietes

Um 1900

Foto aus: Westfälisches Wohnungsblatt 1 (1911), S. 64

Der Betriebswohnungsbau mußte schon aus Kostengründen früh gleichförmig gestaltet werden. Im Extremfall entstanden gleichförmige Wohnkasernen in den Hauptballungsgebieten. Aufgelockerte Wohnsiedlungen wie die Siedlung Margarethenhöhe in Essen (Firma Krupp) waren lange Zeit vorbildlich. Gegenüber den Mietskasernen boten jedoch triste Wohnzeilen wie die abgebildete den Vorteil eines kleinen Gartens.

120

Siedlungsanlage bei Blankenstein

Um 1910

Foto aus: Westfälisches Wohnungsblatt Jg. 3, 1913, S. 155 (Abb. 17)

Der Siedlungsbau wurde von Betrieben und Zechen schon früh als Aufgabe erkannt und gefördert. Die Abbildung zeigt einen schon deutlich von der Gartenstadtidee geprägten Typ. Er nimmt mit dem zugehörigen Garten und Stall ohne Zweifel Traditionen der älteren Bergarbeiterwohnung wieder auf. Vor allem in den Kolonien bei den abseits der Siedlungen liegenden Zechen der Emscherzone war dies der Fall.

121

Statuten polnischer Vereine im Ruhrgebiet:

1. Polen-Verein 'Einigkeit' zu Dortmund. 1887
2. Polnisch-katholischer Sanct-Valentinus-Verein in Bickern. 1891
3. Statuten des oberschlesischen St.-Barbara-Vereins zu Schalke. 1886
4. Polnisch-katholischer St.-Josephs-Verein zu Wattenscheid. Um 1890

Druckschriften StA Münster, Regierung Arnsberg I Nr. 124 (Abb. 18)

Die polnischen Bergarbeiter, die seit 1890 in starkem Maße

angeworben wurden, konzentrierten sich meist in bestimmten Zechen bzw. Betrieben und Städten. Oft wurde die Anwerbung durch die Konzernleitung bestimmt: die Katholiken Klöckner und Thyssen ließen vorwiegend unter den katholischen Polen werben. Die zahlreichen Polenvereine, die auch Heimatersatz und landsmannschaftlichen Zusammenhalt bieten sollten, waren Vorstufe zu politischen und gewerkschaftlichen Organisationen. 1902 wurde der Polnische Gewerkverein gegründet, der rasch die drittgrößte Bergarbeitervereinigung wurde. 1912 arbeiteten fast 300 000 Polen im Ruhrgebiet. Nach dem verlorenen Krieg nahm ihre Zahl durch Rück- oder Weiterwanderung in den französischen Bergbau stark ab.

122

Italienische Arbeiter im Ruhrgebiet

1. Erster Allgemeiner Kongreß der italienischen Arbeitervereinigung für ausgewanderte italienische Arbeiter in Westfalen und am Niederrhein. Recklinghausen, 11. November 1906
2. Ausstellungskatalog anlässlich des zweiten Allgemeinen Kongresses für die Fürsorge der italienischen Auswanderung in Europa. Bochum, Juni 1907
3. Arbeitsordnung für die im Aachener, Niedersächsischen und Rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau tätigen italienischen Arbeiter und Tarifangestellten. 1950

StA Münster, Oberpräsidium Nr. 5430 (1 und 2); Bergamt Bottrop A Nr. 18, 136 (3)

Die Italiener stellten nach Polen und Ostpreußen eine große Gruppe ausländischer Arbeiter im Ruhrgebiet. Auf dem Kongreß des Jahres 1906 wurde die 'Italienische Arbeitervereinigung zur Wahrnehmung wirtschaftlich-sozialer Interessen' gegründet, die jedoch längst nicht den Zulauf und die Erfolge der entsprechenden polnischen Vereinigung aufzuweisen hatte. Jedoch waren auch sie an der Prägung der Ruhrgebietseigenart beteiligt. Nach dem Weltkrieg stellten die Italiener die erste große Gruppe von Gastarbeitern im beginnenden Aufschwung. Erst später folgten jugoslawische und türkische Arbeiter.

123

Ostpreußen im Ruhrgebiet

1. Satzungen des Ost- und Westpreußischen Bundes Evangelischer Arbeitervereine von Rheinland und Westfalen. 1907
2. Zeitschrift 'Heimatgrüße für die evangelischen Masuren in Westfalen und Rheinland'. Gelsenkirchen 1911

StA Münster, Oberpräsidium Nr. 6779 und Nr. 5426

Der Ost- und westpreußische Bund wurde 1907 als Dachverband der Ostpreußen-Vereine in Bochum gegründet. 1908 waren ihm 20 Vereine mit 1691 Mitgliedern beigetreten. Er gehörte dem Ost- und westpreußischen Bund christlicher Berg- und Hüttenarbeiter an, der parteipolitisch der nationalliberalen Partei nahestand und die Sozialdemokratie als ihren Gegner ansah. Die aus Masuren (südliches Ostpreußen) stammenden evangelischen Arbeiter sprachen zwar weitaus polnisch, setzten sich aber deutlich von den Polen ab, wenn sie auch weithin für Polen gehalten wurden. 1912 befanden sich ca. 160 000 ostpreußische Arbeiter im Revier. Die meisten wanderten über Recklinghausen ein, das ein Zentrum der ostpreußischen Arbeiter wurde.

124

Zeitungstitel des rheinisch-westfälischen Industriegebietes und der Arbeiterbewegung

1. Freie Presse. Organ für das werktätige Volk von Westfalen und Rheinland. Elberfeld-Barmen, 8. Jahrgang, 9. Juni 1892
2. Arbeiterzeitung. Sozialdemokratisches Organ für das westfälisch-rheinische Industriegebiet, 13. Jahrgang, Dortmund, 13. Dezember 1904
3. Zeitung deutscher Bergleute. Verbandsorgan. Gelsenkirchen, 4. Jahrgang, 30. April 1892
4. Der Bergknappe. Zeitschrift des Gewerkvereins christlicher Arbeiter Deutschlands. Essen, 28. Jahrgang, 28. Juli 1923
5. Rheinisch-westfälische Zeitung. Essener Zeitung – westfälische Zeitung Dortmund. Essen und Dortmund, 8. März 1899

StA Münster, Sammlung Zeitungen Nr. 168, 166, 169, 23, 28

Aus der Vielfalt regionaler und übergreifender Zeitungen und von Verbandsorganen sind hier nur einige aufgeführt. Es fällt auf, daß Parteien und Organisationen sich schneller und von vornherein auf die neue Landschaft des Gesamt-Ruhrgebietes einstellten. Tageszeitungen, wie die Rheinisch-westfälische Zeitung, zeigen schon im Untertitel die erst allmähliche Anpassung älterer Organe an die neuen Gegebenheiten. Führend neben den zahlreichen lokalen Zeitungen blieben als Tageszeitungen für das Rheinland bis weit nach Westfalen hinein die Kölnische Zeitung und für Westfalen der Westfälische Merkur aus Münster – heute in den Westfälischen Nachrichten aufgegangen – und die Westfälische Zeitung.

125

Bericht des 'Westfälischen Merkur' über die Eröffnung des Senders Münster

1924 Oktober 10

Foto

Stadtarchiv Münster

Mit der 'Radio-Stunde Berlin' war im Herbst 1923 der erste Unterhaltungsrundfunk Deutschlands in Berlin gegründet worden. Da ein für das westliche Deutschland geplanter Sendebetrieb in Köln oder Düsseldorf wegen der französischen Rheinlandbesetzung nicht möglich war, wurde unter Beteiligung der Handwerks- und Landwirtschaftskammern und der Stadt Münster die 'Westdeutsche Funkstunde AG' (Wefag) mit einem Grundkapital von 60 000 RM in Münster errichtet und der Sender am 10. Oktober 1924 übergeben. Zunächst wurde nur etwa viereinhalb Stunden am Tage gesendet. 1927 wurde die Funkstunde nach Köln verlegt und begann den Betrieb über den Sender Langenberg. Nach der Errichtung des Westdeutschen Rundfunks in Köln mit Gesetz vom 25. Mai 1934 war es vor allem Josef Hermann Dufhues (CDU), der in Köln auch den westfälischen Interessen Gehör verschaffte und sich für die Errichtung der Außenstudios in Münster, Dortmund und Bielefeld einsetzte.